

Neue Politik gegen Terrorismus

Der Anführer der Terror-Gruppe Jemaah Islamiyah (JI), Riduan Isamuddin, ist am 11. August 2003 in der Stadt Ayutthaya, rund 80 Kilometer nördlich von Bangkok, verhaftet worden. Der 38-jährige Indonesier, auch bekannt unter dem Namen Hambali, gilt als Drahtzieher einer Reihe von Anschlägen in Südostasien, unter anderem der Bombenexplosion auf Bali im Oktober 2002. Laut den thailändischen Behörden habe Hambali mit anderen Mitgliedern von JI einen Anschlag im Rahmen des Asian Pacific Economic Forum (APEC) geplant, welches im Oktober 2003 in Bangkok stattfinden soll.

Hambalis Festnahme ist der Höhepunkt einer Serie von Verhaftungen verdächtiger Terroristen in Thailand. Bereits am 16. Mai 2003 wurde in Bangkok der Singapurianer Arifin bin Ali verhaftet, der als Komplize von Mas Selamat, dem mutmaßlichen Kopf der JI-Zelle in Singapur, gilt. Aufgrund Aris Informationen nach seiner Verhaftung sind am 10. Juni drei Verdächtige der JI-Zelle in Thailand, der Arzt WaemahadinWae-don, der Isalm-Lehrer Maisuri Haji Abdullah und sein Sohn Muyahi Haji Doloh, alle thailändische Staatsbürger, in der Stadt Narathiwat, nahe der malaysischen Grenze festgenommen worden. Mit zwei weiteren akti-

ven Führern der Thailand-Zelle planten sie offensichtlich Anschläge auf fünf Botschaften in Bangkok sowie zwei Badestrände in Thailand. Schließlich konnten thailändische Agenten am 13. Juni den 47-jährigen Thailänder Narong Penaman festnehmen, nachdem dieser versucht hatte, 30 Kilogramm des radioaktiven Stoffes Cesium 32 zu verkaufen. Nach Berichten der Bangkok Post habe Narong — laut eines US-Botschaftsangestellten — versucht, das Material an eine Terroristengruppe in Thailand zu verkaufen.

Ministerpräsident Thaksin Shinawatra hatte bis dato bestritten, dass Thailand ein Ziel von terroristischen Anschlägen oder die Basis für terroristische Aktivitäten sei. Am 11. August erließ er jedoch ein Exekutiv-Dekret zur Bekämpfung des Terrorismus. Laut diesem Gesetz können verdächtige Personen, die damit »drohen, ein terroristisches Verbrechen zu begehen und sich so verhalten, dass sie einen die tatsächliche Durchführung auch glauben lassen« mit Geld- und Gefängnisstrafen belangt werden; für terroristische Akte — unter anderem Angstverbreitung und Schaden der Öffentlichkeit — kann die Todesstrafe verhängt werden.

Mitte Juni 2003 hatte der thailändische Ministerpräsident Thaksin Präsident Bush auf ei-

nem Treffen in Washington »volle Kooperation« im Kampf gegen den Terrorismus versprochen. Bürgerrechtsaktivisten, Wissenschaftler und Journalisten kritisierten das Prozedere der neuen Rechtsprechung, welches das Parlament außen vor gelassen hatte. Zudem wird Thaksin vorgeworfen, damit hauptsächlich der US-Regierung gefallen zu wollen, um die Teilnahme von Georg W. Bush an der APEC-Konferenz im Oktober zu erreichen. Thailand habe im Rahmen des geltenden Strafrechts bereits ausreichende Möglichkeiten, terroristische Akte zu bestrafen, so die Kritiker.

Die Gruppe Jemaah Islamiyah hat nach Angaben von Analysten rund 5.000 Mitglieder, die über ganz Südostasien verstreut sind. Der Kopf des Netzwerkes Hambali gilt als Mitglied und Repräsentant von Südostasien in der Militärkommission von al-Qaeda, in dem er der einzige Nicht-Araber sein soll. Beobachter weisen darauf hin, dass JI aber auch über eine unabhängige Operationsbasis verfügt, wie die Anschläge in Südostasien gezeigt haben. Anders als al-Qaeda hat JI auch Anschläge auf so genannte »weiche Ziele«, wie Bars und Hotelanlagen, verübt. Die Basis von JI wird in den mehrheitlich von Muslimen bewohnten südthailändischen Provinzen vermutet.

nachrichten

Eine wirtschaftlich desolote Lage, einflussreiche und von Saudi-Arabien finanzierte Religionschulen sowie enge Verbindungen zu Malaysia tragen nach Meinung von Experten zu terroristischen Aktivitäten in dieser Region bei. Als zusätzliche Faktoren wirken Bestrebungen zur Errichtung eines unabhängigen muslimischen Staates sowie der Kampf der thailändischen Regierung gegen Drogen in Folge dessen es immer wieder zu Morden an Polizeibeamten in Südthailand kam. Der Verkauf von Drogen gilt als wichtige Einnahmequelle des terroristischen Netzwerkes JI.

vgl. *Asia Times*, 14.8., 18.8.2003; *Time Asia*, 16.6.2003; *Christian Science Monitor*, 13.6.2003; *BP*, 14.6.2003; *BBC News*, 10.6., 16.8.2003; *CNN*, 16.8.2003

Zweifelhafte Wirtschafts-Strategie

Die Anzeichen für eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft in Thailand mehren sich: 6,7 Prozent Wachstum im ersten Quartal. Der Immobilienmarkt — am härtesten von den Auswirkungen der Asienkrise betroffen — boomt und die Regierung treibt nun die Restrukturierung der Thai Petrochemical Industry (TPI) voran, ein Konglomerat, welches durch seinen spektakulären Bankrott am meisten Aufsehen erregt hatte. Doch gerade den Fall TPI nehmen Analysten zum

Anlass, auf die nach wie vor willkürliche Regierungspolitik im Bereich Bankrott und Restrukturierung von Firmen hinzuweisen. Per Gesetz steht es den Gläubigern einer bankrotten Firma zu, die neuen Verwalter des Unternehmens zu ernennen. Das zuständige Gericht entzog diesen jedoch die Leitung des Konglomerats TPI und setzte den alten Manager Prachai Leophairatana wieder in sein altes Amt ein. Die thailändische Regierung schlug nach Klagen der Gläubiger vor,

eine Kommission bestehend aus Vertretern der beteiligten Firmen sowie Prachai einzusetzen. Der ehemalige Manager konnte die Regierung offensichtlich mit dem Argument überzeugen, dass ansonsten »ausländische Angreifer« die TPI übernehmen werden, was nicht in die Agenda der nationalistisch angehauchten Thai Rak Thai (Thai loves Thai) — Partei passt. Der größte Gläubiger von TPI ist allerdings die Bangkok Bank. Der Chef-Berater von Thaksin Shinawatra,

Pansak Vinyaratn, betonte auf einer Rede vor Kadern der Kommunistischen Parteischule in der VR China, dass Thailand seine Wirtschaft keinesfalls vor Ausländern abschotten, sondern nur das westliche Entwicklungsmodell nicht blind übernehmen und auf eigene Stärken vertrauen wolle.

vgl. *Asia Times*, 30.5.2003; *Economist*, 22.6.2003

nachrichten

Proteste gegen Energieprojekte

Das umstrittene thailändisch-malaysische Projekt zur Erschließung eines gemeinsamen Off-Shore-Naturgasfeldes hat erneut Proteste ausgelöst. Rund ein Dutzend Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) haben in einem Schreiben vom 22. Juni 2003 auf die »brutale Unterdrückung« von Demonstrationen und auf »provokative Akte« gegen Kritiker des Projekts durch die thailändischen Sicherheitsbehörden hingewiesen. Die NROs warnen vor einer Eskalation des Konflikts und fordern die thailändische Regierung auf, zum einen Sicherheitsbeamte aus dem Projektgebiet abziehen und zum anderen eine neutrale Kommission als Exekutivorgan eines Konsultationsprozesses zwischen Regierung und Bewohnern einzusetzen.

Das 1998 zwischen Thailand und Malaysia unterzeichnete Projekt sieht den gemeinsam finanzierten Bau zweier Gastrennungswerke (gas separation plants) sowie die Errichtung einer Pipeline zum Transport des Gases nach Malaysia vor. Die Fabriken und die Pipeline sollen in den vier Distrikten Chna, Had Yai, Na Mom und Sadao der südlichen Provinz Songkhla gebaut werden. Durch die Belieferung mit Gas soll nicht nur die Energieversorgung vergrößert, sondern auch die Provinzen Songkhla, Pattani und Satul mit Hilfe ausländischer Anleger zum drittgrößten Industriegebiet Thailands – nach Bangkok und der Ostküste – gemacht werden. Lokale Anwohner, Wissenschaftler und Umweltschützer warnen allerdings vor den

Auf einem Treffen mit dem burmesischen Außenminister Win Aung Anfang August 2003 in Bangkok hat Thailands Außenminister Surakiart Sathirathai seinem Gegenüber ein thailändisches Konzept für »mehr Demokratie« in Burma unterbreitet. Win Aung sagte, dass er die Ideen in Rangun zur weiteren Diskussion vorlegen wolle. Nach Aussagen von Mitarbeitern des thailändischen Außenministeriums müssen diese Vorschläge allerdings noch konkretisiert werden. Bis dato beinhalten diese als ersten Schritt die Freilassung der

ökologischen und sozialen Folgen des Projekts: Das Sanddünen-Wald-Vegetationssystem, eines der wenigen weltweit, würde mit seinen 70 Vogelarten aufgrund der Luft- und Wasserverschmutzung zugrunde gehen. Zudem sei die Existenz von tausenden kleinen Fischerbetrieben und Gummiverarbeitern durch die geplante Industrialisierung gefährdet, so die Kritiker.

Ein gemeinsames Unternehmen zur Stromgewinnung, welches die thailändische Regierung am 8. Juli 2003 mit der laotischen Regierung unterzeichnete, stößt ebenfalls auf Missbilligung der Umweltschützer. Das Dammprojekt *Nam Theum II* am Mekong, welches rund 4,6 Milliarden US-Dollar kosten soll, zählt zu den 32 Dammprojekten der Region und gilt als Teil einer größeren Initiative zu einer regionalen Energieübertragung, welche die sechs Mekong-Länder letztes Jahr im November in Phnom Phenh beschlossen hatten. Laut der Organisation *International Rivers Network* (IRN) gehört *Nam Theum II* zu einem der vielen Entwicklungsprojekte, die »zerstörte Existenzen, Kulturen und Ökosysteme« im Mekong-Delta nach sich ziehen.

vgl. Asia Times, 17.7.2003; www.earthrights.org/takeaction/thaipipeline.shtml (Zugang am: 1.7.2003; Bericht, weitergeleitet vom Institute for the Study of Religion and Culture in Thailand, 21.6.2003)

Vorschläge für Demokratisierung

Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi – eine Maßnahme, die bereits von der EU und der ASEAN als Basis für Verhandlungen gefordert worden ist. Des weiteren will Thailand ein »Brainstorming« – Treffen veranstalten, auf dem Vertreter der Nachbarstaaten Burmas, Indiens, Chinas und Thailands, sowie Burma selbst sich über die zukünftige wirtschaftliche, politische und soziale Gestaltung des Landes austauschen.

Nach Aussagen des thailändischen Regierungschefs Thaksin Shinawatra hat man die Initiative ergriffen, da die

Krise in Burma von der Regierung in Rangun nicht alleine zu bewältigen und es für freundliche Nachbarn einfacher sei, über diese Sache zu verhandeln als für den Sicherheitsrat der UN. Zudem hat Thailand ein besonderes Interesse an einer Stabilisierung der Situation in Burma: Eine Verschlechterung der Lage würde zu weiteren Flüchtlingsströmen führen. Bereits jetzt befinden sich nach offiziellen Angaben rund eine Million burmesischer Flüchtlinge in Thailand.

vgl. BBC News, 1.8.2003; Asia Times, 4.8.2003

AIDS senkt Lebenserwartung

Laut des jüngsten Jahresberichts des United Nations Development Program (UNDP), welcher am 8. Juli 2003 veröffentlicht wurde, ist die Lebenserwartung in Thailand von vormals 70 Jahre auf knapp über 68 Jahre gesunken. Der Hauptgrund liegt in einer steigenden Sterblichkeitsrate als Folge der rund eine Millionen HIV-Infizierten über die letzten 15 Jahre. Rund 250.000 sind bereits an der Immunschwächekrankheit gestorben, davon rund 55.000 im Jahre 2001. Obwohl die thailändische Regierung die Anzahl der Neuinfektionen über die Jahre betrachtet bereits um rund 80 Prozent gesenkt hat, infizieren sich jährlich um die 30.000 Menschen mit dem Virus. »Die AIDS-betreffende Sterblichkeitsrate wird für einige Jahre weiterhin ansteigen, da die Verzögerung zwischen Infektion, Krankheit und Tod rund zehn Jahre betragen kann«, so Hakan Bjorkman, stellvertretender Arzt (deputy resident?) der UNDP. Bis dato haben in Thailand nur rund 10.000 Leute Zugang zu anti-retroviralen Medikamenten, bis Ende 2004 will die Regierung diese Zahl auf 50.000 anheben.

Eine Ursache für die Ausbreitung von AIDS ist die Prostitution. Obwohl die thailändische Regierung Geschäfte mit

Prostitution seit 1999 verboten und mit bis zu 15 Jahren Gefängnisstrafe belegt hat, sind Massagesalons nach wie vor eine Adresse für die Sex-suchende Kundschaft. Ende Juli 2003 erregten die Darlegungen von Chuwit Kamolvisit, Betreiber von sechs Massagesalons in Bangkok, die Öffentlichkeit. Chuwit erklärte auf einer Pressekonferenz, dass er Polizeibeamte auf allen Ebenen mit Rolex-Uhren und Bargeld im Wert von zwölf Millionen Baht pro Monat bestecht, um seine Etablissements, in denen auch Prostituierte tätig sind, am Laufen zu halten. Usa Lerdssrisuntad, Koordinatorin der in Bangkok angesiedelten Nicht-Regierungsorganisation Foundation for Women, sieht das Problem nicht nur auf Seiten einer korrupten Polizei, sondern auch in gesetzlichen Schlupflöchern: »Es ist legal, Massagesalons zu betreiben, und die werden dann für Prostitution genutzt«. Bei Razzien wird entweder die Polizei bestochen oder diese kann nur den Kunden belangen, da der Besitzer versichert, dass er nicht wisse, was während der einzelnen Massagen vor sich gehe, so Lerdssrisuntad.

vgl. Asia Times, 8.7. und 23.7.2003; BP, 21.7. und 22.7. 2003; The Nationa, 21.7.2003